

Seit Jahren unterdrückt das faschistische Franco-Regime mit brutaler Gewalt jede demokratische Bewegung im Lande. An der Spitze der Kämpfer stehen die Arbeiter in den Betrieben im Ständesystem der Mehrheit der Studenten aller Universitäten und Hochschulen. Bei dieser revolutionär-demokratischen Bewegung, die, wie der nachfolgende Artikel beweisen wird, unter den Studenten eine große Zahl von Anhängern gefunden hat, handelt es sich nicht nur um eine innere spanische Angelegenheit. Es zeigt sich darin auch eine immer deutlicher werdende Stellungnahme gegen die imperialistischen Hintermänner: die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, die Spanien zur stärksten atomaren Basis der Globalstrategie der USA in Mittelmeer-Asien haben. Die Studenten verbinden ihren politischen Kampf immer mehr mit der Lösung von Problemen des Vietnamkrieges. Unser Beitrag informiert über die neue Phase im Kampf der spanischen Studenten.

Neue Phase im Kampf der spanischen Studenten

Studenten gegen die Maßregelung des Rektors ihrer Universität, Entzüge durch die Franco-Behörden. Aus Solidarität legten auch die Rektoren fünf weiterer Hochschulen ihre Ämter nieder. Richteten sich in den nächsten Jahren die studentischen Streiks und Kundgebungen gegen überfüllte Hörsäle, geschlossene Mensen und Vorlesungsverbote für progressive christlich-demokratische Professoren, so erhielten diese Aktionen in den letzten Jahren neue Akzente.

Immer mehr Studenten erhoben die Forderung nach einer freien, von der Regierung unabhängigen Universitätsgewerkschaft und verbunden sie mit der Unterstützung der von der spanischen Arbeiterchaft probierten Ziele, insbesondere also des

demokratischen Berufsverbände, auf die keine zu stellen, die sich nur um rein akademische Fragen kümmern sollten. Doch der Zug zum einheitsdemokratischen Studentenverband, dem SDE, war nicht mehr aufzuhalten. Der Bildung einer solchen Gewerkschaft in Barcelona (1968) folgte der Beitritt von 27 000 Madrider Studenten zum 3. Februar zum dem im April 1967 gegründeten SDE an der größten Universität des Landes (etwa 40-50), mehr als 50 Prozent aller spanischen Studenten).

Was die neuen Aspekte des studentischen Kampfes betrifft, so muß mit an erster Stelle die Bewegung gegen die amerikanischen Stützpunkte in Spanien sowie gegen den Aggressionskrieg der USA in Vietnam genannt werden, insbesondere

mus" zu sein. Andererseits beklagten sich rechtsstehende Kreise, von den USA zu wenig Unterstützung zu erhalten. Insbesondere würden sie Washington vor, daß es bei der Abstimmung über die Gibraltar-Frage in der UNO nur Stimmhaltung geübt habe. Auf die Verzögerung des Regimes, bei dem im Herbst stattfindenden neuen Stützpunktverhandlungen mit den USA den Preis für die Überlastung spanischer Territorien an die Amerikaner herauszuschreiben zu können, wollen wir uns hier nicht weiter einlassen.

Das Neue innerhalb der studentischen Bewegung besteht also sowohl in den westeuropäischen politischen Zielen, von allgemeiner Gewerkschaftsfreiheit bis hin zum Kampf gegen Vietnam-Krieg und

Wie erklärt sich die außerordentliche Verschärfung in den Aggressionsstrategien der spanischen Studenten mit dem Franco-Regime? Weshalb gehen Guardia Civil und andere Teile des faschistischen Unterdrückungsapparates in jüngster Zeit derart brutal und rückwärtslos insbesondere gegen die jungen Akademiker vor allem in Madrid vor, indem sie nicht nur wild in Demonstrationszüge hindrängen (wie zuletzt am 24. Oktober 1967) und wie bisher Wasserwerfer, Gasmasken, sondern auch erstmals Hunde zur Verfolgung der angeführten "Ordnungsgelassenen" einsetzen? Am 27. Oktober wurde die Polizeiaktion gegen die Studenten der Hauptstadt sogar zentral von Hubschraubern aus geleitet, wie der Korrespondent der großbürgerlichen "Frankfurter Allgemeine" zu berichten wußte.

Das Regime, zu dessen wesentlichsten Säulen seine Kulturfürsinnlichkeit gehört, hat spätestens im Jahre 1950 seine Hoffnung begraben müssen, im akademischen Nachwuchs irgendwelche sicheren Stützen für seine reaktionäre Politik zu finden. Trotz rigoroser "Sicherungen" der spanischen Universitäten unmittelbar nach dem Bürgerkrieg und der Einführung obligatorischer Fächer für Religion und faschistische politische Schulung, trotz einer äußerst arbeitsfeldischen sozialen Zusammensetzung der Studenten (noch heute sind nur 1 Prozent Kinder von Arbeitern und 1,7 Prozent Kinder von Bauern) scheiterten alle Versuche, den jungen Akademikern eine vom Leben verurteilte Ideologie aufzuzwingen. Es ist in gewisser Weise paradox, daß gerade die vom Faschismus zur Bewandlung "moeher" Kader eingerichteten Fakultäten für politische und ökonomische Wissenschaften heute in der Regel Stützpunkte des Kampfes gegen Franco und Stützen einer ideologischen Auseinandersetzung sind, in deren Verlauf der Einfluß des Marxismus rasch wächst.

Als 1954 Königin Elisabeth von England Gibraltar besuchte, setzten die ersten größeren Studentendemonstrationen ein, die sich aber von Anfang an nicht nur gegen den britischen, sondern auch gegen den amerikanischen Imperialismus richteten. Als bei Zusammenstößen mit der Polizei ein Student ermordet wurde und die Franco-Pressen über diesen Vorfall falsch berichteten, wandelten sich die Kundgebungen umgehend auch gegen das Regime und seine Zeitungen.

1955 protestierten die Madrider



Studenten der Universität von Madrid demonstrierten am 4. Dezember des vergangenen Jahres für die Freilassung ihrer Kommilitonen, die von der Franco-Polizei verhaftet worden waren. Zu vor hatten 3000 Studenten auf einer Meeting einen Vorlesungsstrik für unbefristete Dauer als Protest gegen die Verhaftung ihrer Kommilitonen beschlossen. Berittene Polizei ging brutal gegen die Studenten vor (unser Foto) und zwang sie zur Auflösung der Demonstration.

Fotos: Zentralbild/Tele

Rechts auf Gewerkschafts-, Koalitions-, Ausdrucksfreiheit.

Dem langjährigsten Universitätsyndikat SEU wurden immer heftigere Schläge versetzt, bis es sich im April 1965 selbst auflösen mußte.

Die Franco-Regierung versuchte jedoch, eine Neuaufgabe der SEU in Gestalt der sogenannten APE, stu-

nach dem "Verlust" mehrerer Wasserstoffbomben beim Abstieg von zwei US-Düsenbomben bei Palomares am 17. Januar 1966 intensivierte sich die studentischen Aktionen gegen die Militärbasen der USA, wie Hota, Torrejon und Marcon.

Besonderes Aufsehen erregte am 21. April 1967 die Protestversammlung von 3000 Studenten vor der Fakultät für Sozialwissenschaften in Madrid, die drei amerikanische Fahnen verbrannten. Auf der Tribüne waren Losungen gegen die amerikanische Intervention in Vietnam und gegen die US-Basen in Spanien angebracht. Im Verlauf der Kundgebung wurden Reden des DRV-Präsidenten Ho Chi Minh und von Bertrand Russell sowie eine Notizhaft von 100 spanischen Intellektuellen verlesen. Anschließend besetzten einige 100 Studenten zur US-Botschaft zu demonstrieren, die von starken Polizeieinheiten abgeschirmt wurde.

Ähnliche Manifestationen wiederholten sich in der Woche vom 23. bis zum 28. Oktober 1967, die von den Studenten der Hauptstadt zur "Aktionswoche" aus Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter erklärt worden war. So mußte die Polizei am 23. Oktober gegen mehrere tausend Studenten gewaltsam vorgehen, die Fahnen der PNL Sowjetunion schwenkten und Plakate mit Aufschriften trugen wie "Johnson Mörder" und "Torrejon an Spanien".

Während dieser Protestkundgebung gegen den Vietnamkrieg und die US-Militärbasen wurde in aller Öffentlichkeit eine Studie über das Eindringen des amerikanischen Kapitalismus in Spanien gelesen und General Franco angeklagt, "das Vaterland an den Yankee-Imperialismus zu verkaufen". Die bürgerliche französische Zeitung "Le Monde" schrieb in diesem Zusammenhang von einem antimexikanischen Gefühl, das sich in Spanien von Tag zu Tag mit wachsender Stärke manifestiert. Die Linke klug die Vereinigten Staaten an, "die schlimmste Basis des Franqui-

USA-Militärstützpunkte als auch in der gerade während der "Kampfwache" Ende Oktober sichtbar geworden engen Verbindung mit dem Kampf der spanischen Werktätigen, insbesondere der Arbeiterkommissionen.

Wenn die Studenten bei ihrer Kundgebung in der Universitätsstadt am 27. Oktober 1967 unter anderem riefen "Arbeiterkommissionen ja - Franco nein", dann zeigt das klar, welche Position die studentische Bewegung heute bezieht, welche Rolle ihr innewohnt. Damit wurde erneut die Lebenskraft jenes im Kampf gegen die Franco-Diktatur entstandenen "Bündnisses der Kräfte der Arbeit und der Kultur" unter Beweis gestellt.

Abschließend möchten wir noch den wesentlichen Inhalt einer Umfrage wiedergeben, die unter Studenten und Studentinnen einer Madrider Fakultät durchgeführt wurde und über die die Zeitschrift "Cuadernos Socialistas" in ihrer Ausgabe vom Juli 1967 berichtete. Danach traten 61 Prozent der Befragten für eine republikanische Regierungsform ein, 70 Prozent wünschten ein Mehrparteiensystem, 68 Prozent sprachen sich gegen eine Erneuerung der Stützpunktverträge mit den USA aus, 66 Prozent der Befragten befürworteten diplomatische Beziehungen mit den sozialistischen Ländern, 78 Prozent waren für die Gewährung der Unabhängigkeit an Spanisch-Guinea.

All das läßt die Schlussfolgerung zu, daß Francos Schwächehalten mit den Studenten weiter wachsen werden, denen er weder mit moderaten Unterdrückungsmethoden noch mit der - wie unlängst praktizierten - Verdrängung willkürlicher Studenten in die spanischen Afrika-Kolonien zum Militärdienst Herr werden wird. Der Kampf der spanischen Studenten wird noch erfolgreicher sein, wenn die Solidarität ihrer Kommilitonen in den anderen Ländern Europas ebenfalls eine neue, der derzeitigen Stand der Universitätsbewegung Spaniens entsprechenden Stufe erreicht.

Kommentiert

Eine eigenartige Konsequenz bürgerlicher Wirtschaftstheorie

„Es gehört zu den Aufgaben unseres ideologischen Kampfes, mehr als bisher in der Auseinandersetzung mit den imperialistischen und rechtssozialdemokratischen Ideologien den wissenschaftlichen Nachweis dafür zu erbringen, daß die von Karl Marx aufgedeckten kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und Getretzmöglichkeiten nach wie vor in Westdeutschland wirken...“

(Gen. Prot. Kurt Hager auf dem 4. Plenum des ZK der SED)

Es war schon klar, jahrelang lautstark propagiert: Die Wirtschaft der Bundesrepublik hat das Getretzmotiv gefunden, ohne Krisen und mit wirtschaftswunderbarer Bilanz trotz Privatkapital die höchsten Gipfel ökonomischer Prosperität zu erklimmen.

Doch halt! Wer sagt hier „trotz“ Privatwirtschaft? Nein, gerade wegen dieser wurde das möglich. Und was heißt „Wirtschaftswunder“? Nicht so! Wunder wäre ja Zufall, außerhalb des Gewollten liegendes Ergebnis begünstigender Umstände.

Nein! Wir, die Wirtschaftstheoretiker, „praktiker“ und -politiker der „sozialen Marktwirtschaft“ und „neuklassischer Synthesen“ haben das gemacht. Wir haben den Marx und seinem Krisengesetz ein Scheinphänomen geschaffen. Mag der Marx ja seinerzeit ganz recht gehabt haben, aber heute sind wir da, und wir machen es möglich. Und außerdem sind heute ganz andere Bedingungen.

Alles hängt recht optimistisch und strahlend im Bonner Lande die gemeinsame Politik: Die Wirtschaftszahlen, die vollen Schaufenster, die Autos...

Aber dann kam 1966, und die Wirtschaftszahlen sprachen plötzlich ganz anders. Die Zuwachsraten, jahrelang mit positiven Trend und fett, sanken und schrieben sich heute banaler Wirtigkeit - bis auf eine, die Arbeitslosenquote!

Wir sind sie nun, die Wirtschaftstheoretiker, die vor Jahren noch härmlich über eine von uns in der DDR mühevoll errungene industrielle Zuwachsrate von zwei Prozent grinsten? Jetzt müssen sie doch eigentlich hinsetzen und sagen, warum sie es plötzlich nicht mehr möglich machen können. Oder vielleicht sogar zugeben, daß Marx doch nicht so unrecht hatte in seinem „Kapital“. Schließlich hatten sie doch vorher entgegen seinen wissenschaftlichen Thesen behauptet, die kapitalistische Wirtschaft könne ununterbrochen wachsen - sie waren doch auch schnell dabei, die relativ lange Konjunkturphase auf ihr Konto zu buchen.

Doch keine Sorgen, sie sind da. Und gleich auf 371 Seiten. So stark ist nämlich das „Jahresgutachten 1967/68“, das laut Gesetz vom 14. August 1963 durch die Professoren der Wirtschaftswissenschaften W. Bauer, F. Binder, H. Giersch, H. Koch und W. Stützel öffentlich zu veröffentlichen und bis Ende des Kalenderjahres der Bundesregierung vorzulegen ist. Ihre Aufgabe ist es dabei zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können“. Ihre Gutachten sind immanenten Bestandteil des staatsmonopolistischen Regulierungsinstrumentariums.

Im vorliegenden Gutachten findet sich nun eine sehr erhellende Stellungnahme der fünf Weisen unter dem Kapitel „Konjunkturpolitische Lehren der letzten vier Jahre“. Sie erachten es plötzlich als „konjunkturtheoretisch fundiert“, daß stetige Wachstum nicht nur unerreichbar, sondern sogar unerwünscht sei. Die Begründung dieser unerwarteten These kleiden sie vornehmlich in den Status von Vermutungen und stellen fest:

„... das Wachstum von Gütern und Leistungen durch den Konsum der Arbeiter aus der Lethargie der Vollbeschäftigung resultiert und überhaupt stimuliert auf die spontane Kälte der Gesellschaft wirkt.“

— daß Rezessionen wie die von 1966/67 den Charakter heiliger Reinigungszeiten haben und

— daß Rezessionen nötig sind als Wachstumspausen, in denen die Grundlagen für einen neuen Wachstumschub gelegt werden.“

Nanu! Wechsel von guten und schlechten Zeiten, „Reinigungszeiten“ oder gar „Wachstumspausen“, in denen die Grundlagen für einen neuen „Wachstumsschub“ gelegt werden? Da gab es doch einen gewissen Marx, der schon vor hundert Jahren ein solch weit gestreutes Kind ungenut sein Namen zu nennen pflegte, nämlich: Krisenzyklus, Widerspruch zwischen Produktion und Markt, Wertgesetz - eben: Kapitalismus!

Servo, den Herren im Bonner Staat. Mit einer solchen „wissenschaftlichen“ Begründung haben sie sicher passpektivisch gedacht. Nach dem nächsten Aufschwung folgt nämlich mit Sicherheit wieder eine Krise, oder wie man zu sagen pflegt, eine Rezession. Und alles will schließlich begründet sein.

Wie sagte doch Kurt Hager auf dem 4. Plenum über die von Marx aufgedeckten Gesetzmäßigkeiten...!

*) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1967/68, „Stabilität im Wachstum“, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart und Mainz, Seite 124

Diplom-Lektor für M.-L. Alfred Leonhardt, Abteilung Politische Ökonomie

argumentiert

Die Globalstrategie der USA und ihre Hintergründe

Die gegenwärtige weltpolitische Entwicklung beweist eindeutig, daß der Imperialismus zwar nicht stärker, aber aggressiver geworden ist. In der Globalstrategie des USA-Imperialismus kommt diese Feststellung besonders deutlich zum Ausdruck.

Was verstehen wir eigentlich unter Globalstrategie?

Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution befindet sich der Imperialismus ständig in dem Rückmarsch. Seine Positionen in der Weltpolitik haben sich verschlechtert. Nicht nur durch die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems, sondern auch durch die nationale Befreiungsbewegung wurde das imperialistische Lager immer kleiner. Diese Entwicklung ist der Ausdruck der von Marx und Engels erkannten Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, die bereits vor 150 Jahren den Untergang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wissenschaftlich nachgewiesen haben.

Derer gesetzmäßigen Entwicklung versucht sich vor allem der USA-Imperialismus mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft entgegenzusetzen. Der USA-Imperialismus verschärft durch seine Aggressionspolitik Er unternimmt den konterrevolutionären Versuch, den Vormarsch der Kräfte des Friedens und des Fortschritts aufzuhalten. Damit gibt sich aber der USA-Imperialismus nicht zufrieden. Er versucht auch, verlorengegangene Positionen zurückzuerobieren und damit aus der Defensive herauszukommen, in die er durch den Sieg der fortschrittlichen Kräfte in der Welt gedrängt wurde.

Die Globalstrategie des USA-Imperialismus hat ihre historischen Vorläufer in der Truman- und Eisenhower-Doktrin, die bekanntlich darauf gerichtet waren, den wachsenden Einfluß der Kräfte des Sozialismus und des Friedens zu untergraben und den amerikanischen Monopolen eine erneute Vormachtstellung in der Welt zu verschaffen.

(Fortsetzung auf Seite 1)



Eine eindeutige Absage erteilt am 28. April 1967 die Studenten der Madrider Universität der amerikanischen Aggression in Vietnam. Auf einer Kundgebung verurteilen sie die Interventionspolitik der Johnson-Regierung und verbannten demonstrativ eine amerikanische Staatsflagge.